



Studierendenparlament der Uni Frankfurt
Mertonstr. 26-28
60325 Frankfurt am Main

Sachantrag auf Unterstützung der studentisch organisierten Kundgebung „BAföG für Alle!“

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Für den 01.02.2025 gegen 11 Uhr plant die FS Physik im Zusammenschluss mit anderen Fachschaften eine Kundgebung unter dem Arbeitstitel „BAföG für Alle!“ zu veranstalten. Ort wird voraussichtlich der Römer sein.

Die grundsätzliche Unterstützung für diese Kundgebung wurde von der FSK bereits beschlossen. Der Aufrufertext lautet wie folgt:

Am 23. September 2024 hat das Bundesverfassungsgericht eine Klage zurückgewiesen. Der Vorwurf: Das BAföG sei zu niedrig und nicht existenzsichernd. Dem entgegnet das Bundesverfassungsgericht damit, dass BAföG gar nicht dieses Ziel hat. Laut Ihnen seien Studierende nicht bedürftig genug, um in ihrer Existenz vom Staat gesichert zu werden. Dabei leisten Student:innen gesellschaftlich notwendige Arbeit, die anerkannt und entlohnt werden muss!

Knapp 3,5 % der in Deutschland lebenden Menschen studieren. Davon sind 35 % armutsgefährdet, sogar 77 % bei Student:innen außerhalb des Elternhauses! Die Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren im Zuge von Inflation und Krieg immer weiter gestiegen. In Frankfurt, mit horrenden Lebenshaltungskosten, trifft es Studierende besonders hart. Wer die Wucherpreise für ein WG-Zimmer (Durchschnittspreis in Frankfurt 680 €) nicht zahlen kann, der muss monatelang auf einen Wohnheimplatz warten. Laut Zahlen des Frankfurter Studierendenwerks von 2023 gab es nur für ca. 5 % der ca. 71.000 Studierenden im Rhein-Main Gebiet Wohnheimplätze. Auf die insgesamt verfügbaren Wohnheimplätze bewarben sich 2023 über doppelt so viele Studierende.

Ein Blick in den neuen Preiskatalog des Studierendenwerks zeigt: Sogar wer BAföG bekommt, kann mit der Wohnpauschale von 380 € viele Angebote nicht vollständig zahlen. Das Uni-eigene Goethe Welcome Centre führt an, dass FrankfurterInnen im Schnitt 42 % des Monatseinkommens für Miete ausgeben. Laut Statistischem Bundesamt sind sie somit durch Wohnkosten

überbelastet. Zum Leben reicht nicht nur ein Dach über dem Kopf. Nahrungsmittel sind seit 2021 im Schnitt um 30 Prozent teurer geworden. Eine Verteuerung des Deutschlandtickets wurde beschlossen. Unser Semesterticket ist preislich daran gebunden. Die Mobilität für Studierende wird in Zukunft also nochmal verteuert.

Diese Entwicklungen schlagen sich in der Gesundheit unserer Kommiliton:innen nieder: laut Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks von 2021 sind ein Sechstel der Studierenden gesundheitlich beeinträchtigt, davon zum größten Teil psychisch.

Die steten psychosozialen Belastungen und der Zwang, neben dem Studium Lohnarbeiten zu müssen, führen dazu, dass Studierende ihrer eigentlichen Arbeit, nämlich dem Lernen und der Mitgestaltung des Wissenschaftsprozesses, nicht nachkommen können.

Viele Student:innen sehen sich gezwungen, möglichst schnell zu studieren. Dadurch werden die Möglichkeiten der politischen und kulturellen Partizipation sowie der Persönlichkeitsentfaltung genommen.

Es führt zudem dazu, dass Menschen trotz Studienwunsch kein Studium antreten können. In einem zunehmend verwissenschaftlichten Produktionsprozess ist es unerlässlich, wissenschaftlich qualifizierte Arbeitende auszubilden, die kritisch in die aktuellen Verhältnisse eingreifen und Lösungen für die globalen Menschheitsprobleme von heute und morgen erarbeiten können.

Das BAföG wird in seiner jetzigen Form diesen Ansprüchen nicht gerecht. Wir fordern deshalb:

- Ausfinanzierung des Studierendenwerks durch das Land Hessen!
- BAföG für Alle! Und das:
 - Bedarfsdeckend! Zu viele Student:innen sind armutsgefährdet.
 - Elternunabhängig! Viele Eltern können oder wollen Ihre Kinder nicht finanziell unterstützen.
 - Rückzahlungsfrei! Der Schuldenberg, der nach dem Studium verbleibt, ist nicht tragbar.
 - Für mindestens sieben Jahre! Damit das Studium die persönliche Entfaltung nicht behindert.
 - Herkunftsunabhängig! Wenn die Hochschule einen Menschen als Student:in akzeptiert, sollte der Staat dasselbe tun.
 - Altersunabhängig! Weiterbildung sollte in jeder Lebensphase möglich sein.

Anschließend wollen wir gemeinsam die von der DGB Hessen-Thüringen veranstalteten Demonstration „Mach Dich stark für mehr Gerechtigkeit!“ besuchen, da die Kürzungen im Landeshaushalt auch direkt die Hochschulen betreffen. Alleine an der Goethe-Uni sollen

die Fachbereiche zusammen 100 Mio. Euro Rücklagen in den Haushalt zurückführen. Damit wird den bestehenden Kürzungsvorhaben an etlichen Fachbereichen weiter Vorschub geleistet.

Der AStA mobilisiert zur Kundgebung über die ihr zur Verfügung stehenden Kanäle und unterstützt sie finanziell mit einer Summe von 250 €. Die Hochschulgruppen des Studierendenparlaments werden dazu aufgerufen, sich an der Kundgebung zu beteiligen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.